

Nebentätigkeit

Nordrhein-Westfalens Beamte dürfen künftig keine bezahlte Nebentätigkeit mehr ausüben, wenn in ihrem jeweiligen Arbeitsamtsbezirk in der betroffenen Berufsgruppe mehr als zehn Arbeitslose auf eine offene Stelle kommen. Diesen Maßstab wird der Düsseldorfer Innenminister Herbert Schnoor (SPD) demnächst in einer sogenannten „Nebentätigkeitsverordnung“ festlegen.

Erst im September hatte der nordrhein-westfälische Landtag per Gesetz bestimmt, daß Beamten die Nebentätigkeit versagt werden kann, wenn „dadurch erhebliche Belange des Arbeitsmarktes beeinträchtigt werden können“.

Die Konkretisierung des Parlaments-Willens durch die „Nebentätigkeitsverordnung“ kündigt Schnoor in einer Antwort auf eine Anfrage des CDU-Oppositionsabgeordneten Dr. Theodor Schwefer an.

Vom Abgeordneten Schwefer auf den Umfang der Nebentätigkeit aller Angehörigen des öffentlichen Dienstes im Lande angesprochen, muß der Minister passen: Es gebe keine statistischen Unterlagen darüber, und eine eigens vorgenommene Erhebung stünde in keinem Verhältnis zum Aufwand. „Es kann jedoch mit Sicherheit davon ausgegangen werden, daß ein erheblicher Anteil aller Nebentätigkeiten Lehr-, Unterrichts-, Vortrags- und Prüfungstätigkeiten im Rahmen der Ausbildung von Schülern und Landesbeamten sind, an deren Ausübung durch Angehörige des öffentlichen Dienstes in aller Regel sogar ein dienstliches Interesse besteht“, meint der Minister (Drs. 9/3699).

Ausschuß gibt sein Plazet

Mit dem von der Landesregierung vorgelegten Rechtsbereinigungsgesetz 1984 befaßte sich der Ausschuß für Landesplanung und Verwaltungsreform am 31. Oktober und stimmte ihm auf Antrag der beiden Fraktionssprecher Gerd Wendzinski (SPD) und Johannes Kaptain (CDU) zu, soweit die Zuständigkeit des Ausschusses gegeben ist.

Ziel der von der Landesregierung vorgeschlagenen Bereinigung soll es sein, in einem ersten Schritt die Transparenz des geltenden Landesrechts zu verbessern, es leichter handhabbar zu machen und überholte und entbehrlich gewordene Vorschriften aufzuheben. Wie ein Sprecher des Innenministeriums dazu erklärte, sind weitere Schritte zur Rechtsbereinigung bereits angelaufen.

Weiter befaßte sich der Ausschuß mit den vorliegenden Anträgen beider Fraktionen zur Stärkung der Europäischen Gemeinschaft. Als Ergebnis der Erörterungen stellte Ausschußvorsitzender Herbert Faust (CDU) fest, daß der Ausschuß beide Anträge zur Kenntnis genommen habe. Im Hinblick darauf, daß der Ausschuß Ende November eine Reise in die deutsch-niederländischen Grenzregionen durchführe, werde man sicherlich noch Erkenntnisse sammeln, die allerdings dann in die Etatberatungen 1985 eingebracht werden sollten.

Porträt der Woche



Horst Hein (SPD)

In die SPD wollte er ursprünglich schon 1966 eintreten – doch da war die „Große Koalition“ in Bonn, und Horst Hein hält nichts von Bündnissen zwischen den beiden „Großen“. So machte der gebürtige Pommer aus Stargard seinen Vorsatz erst zu Beginn der sozialliberalen Ära wahr. Seitdem hat der seit Kriegsende im westfälischen Höxter wohnende Sozialdemokrat in beachtlicher Vehemenz sich in Partei und Landtagsfraktion durchgesetzt.

Inzwischen ist der 43jährige Landtagsabgeordnete nicht nur im Bezirk Ost-Westfalen „dienstältester“ Unterbezirkvorsitzender, seit zweieinhalb Jahren fungiert er auch als stellvertretender Bezirkschef.

Die Fraktion hat den Steuerbeamten im einstweiligen Ruhestand zu Beginn der Legislaturperiode zu ihrem innenpolitischen Sprecher berufen, nachdem er bereits in den Jahren zuvor Stellvertreter war. Bereits seit seinem Einzug in das nordrhein-westfälische Landesparlament setzte denn auch Horst Hein deutliche Akzente in der Innenpolitik von Fraktion wie Regierung.

So gehörte er als Mitglied der damaligen interfraktionellen Arbeitsgruppe „Datenschutz“ zu den Vätern des 1980 schließlich verabschiedeten Landesdatenschutzgesetzes. Und er setzte sich dafür ein, daß dieses Recht auf den Schutz persönlicher Daten in die Landesverfassung aufgenommen wurde. Nordrhein-Westfalen war mit dieser Verfassungsverankerung übrigens das erste Bundesland.

Nachdem das Bundesverfassungsgericht 1983 das Recht auf informationelle Selbstbestimmung zum Grundrecht erklärt hat, müssen auch alle Landesgesetze überprüft werden. Mit mehreren Initiativen hat Horst Hein inzwischen Fraktion und Regierung zu einer Verbesserung des Datenschutzes in Nordrhein-Westfalen veranlaßt.

Ein großes Anliegen ist für den langjährigen Vorsitzenden des Personalrates beim Finanzamt Höxter auch die Verabschiedung des Landespersonalvertretungsgesetzes noch in dieser Legislaturperiode. Allerdings sollten nach seiner Auffassung die Rechte der Arbeitnehmer noch verstärkt werden gegenüber dem von der Landesregierung vorgelegten Gesetzentwurf. So drängt der SPD-Abgeordnete darauf, daß die Arbeitnehmer unter anderem ein größeres Mitspracherecht bei der „Ausweitung neuer

Arbeitsmethoden, insbesondere Maßnahmen der technischen Rationalisierung“ in den öffentlichen Verwaltungen und Unternehmen erhalten. Schließlich seien sie die Betroffenen der Rationalisierung und des damit verbundenen Verlustes von Arbeitsplätzen. Für den Abgeordneten könnte dann dieses Gesetz auch ein „Signal“ setzen über den öffentlichen Dienst hinaus.

Zweifellos auch ein persönlicher Erfolg ist für Horst Hein die vom Landtag gutgeheißenene Einschränkung der Nebentätigkeit von öffentlich Bediensteten. Seit Jahren schon setzte sich der Parlamentarier für eine Korrektur ein. Für ihn war es „unfaßbar“, daß angesichts der hohen Arbeitslosigkeit noch immer Landesbedienstete mit Nebenjobs ihr Gehalt zusätzlich aufstocken konnten.

Seine parlamentarischen Aktivitäten erstrecken sich auf zahlreiche weitere Felder. So zählt er zu den entschiedensten Gegnern jener Politiker, die das Demonstrationsrecht einschränken wollen, spricht sich für eine Verbesserung des Aufenthaltsrechts für Ausländer aus und tritt für eine stärkere soziale Gerechtigkeit ein. Die parlamentarische Arbeit macht ihm Spaß, „kann ich doch etwas bewegen und Menschen helfen“. Das versucht der Sozialdemokrat im übrigen auch im Stadtrat von Höxter, dem er seit 1975 ebenfalls angehört.

Ohne Zögern meint Horst Hein, daß er sich dem „linken Flügel“ der SPD „zugeordnet“ fühlt. Doch gleichzeitig sieht er sich auch als „linker Pragmatiker“, weil er gelernt hat, „wie notwendig es ist, Kompromisse zu schließen“. Ein Politiker mittleren Jahrgangs, der zweifellos noch nicht am Ende seiner Laufbahn steht.

Jochen Juretko